

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 81 (1987)
Heft: 7-8

Artikel: Notizen aus der DDR. I., Die Herausforderung des sozialistischen Staates ; II., Ein heilsames Ärgernis für Theologie und Kirche
Autor: Bühler, Christian
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-143353>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Notizen aus der DDR

Die folgenden Notizen sind der Versuch, meine Arbeit in Westberlin und in der Hauptstadt der DDR auszuwerten. Von Oktober bis Dezember 1986 habe ich in Westberlin im «Hendrik Kraemer Haus», dem Sitz der «Niederländisch-ökumenischen Gemeinde» (NöG), gewohnt und gearbeitet. Die NöG entstand nach dem Zweiten Weltkrieg. Ihre Mitglieder (Holländer und Deutsche) wohnten in allen vier Besatzungssektoren. Der Mauerbau 1961 fand deshalb sozusagen innerhalb der NöG statt. Heute existiert die NöG in Ost und West: Sie hat zwar zwei verschiedene Gemeindeleitungen; der Pfarrer, Dick Boer, ist aber sowohl Pfarrer der NöG in Westberlin als auch der NöG in der DDR. Ich habe diese wohl einzigartige Struktur vor allem dazu benutzt, in der NöG der Hauptstadt der DDR mitzuarbeiten. Die NöG in der DDR versteht sich konsequent als christliche Gemeinde im Sozialismus – viele ihrer Mitglieder sind gesellschaftlich aktiv (z. B. als Ärztin, als Lehrerin, als Historiker, als Mathematiker). Hinter meinen Notizen stehen meine Erfahrungen in dieser Gemeinde: gesellige Abende, präzise Debatten, Gottesdienste. Ich beschränke mich auf diese Punkte, die mir im Hinblick auf die Schweiz wichtig sind: als Herausforderung zur Umkehr.

C. B.

I. Die Herausforderung des sozialistischen Staates

1. Die taktische Perspektive

Sowohl in Westberlin als auch in der Schweiz bestimmt der ideologische Ost-West-Gegensatz sofort jedes Gespräch über die DDR. Dies führt dazu, dass Gespräche über die DDR immer nur als «taktische» geführt werden können, d. h. sie sind von den jeweiligen Gesprächspartnern in hohem Mass determiniert, seien das Antikommunisten oder Anti-Antikommunisten. Die Gefahr ist deutlich: Für Debatten über die DDR steht bald ein festes Arsenal griffiger Argumente und Formeln zur Verfügung, die dann mehr oder minder geschickt eingesetzt werden können – vor allem wenn der/die Gegner/in in gestellte Fallen gelaufen ist. Die real existierende DDR gerät so natürlich völlig aus dem Blickfeld.

Dies wird vor allem in Gesprächen mit DDR-Bürgern und -Bürgerinnen deutlich; denn die ersten Begegnungen sind

hier meistens ebenfalls taktisch geprägt – sei es durch eine aufdringlich zur Schau gestellte Solidaritätsattitüde, sei es durch ein forsches Fragen nach den Schwierigkeiten des Lebens im Sozialismus.

Es scheint mir eine heilsame Erfahrung, in der DDR mit diesen eigenen Verkrampfungen konfrontiert zu werden. Es ist äusserst wohltuend, wenn die Gesprächspartner/innen in der DDR, bereits gewitzigt durch ähnliche Begegnungen, ihren Gast behutsam aus diesen Stellungen herausführen können. Erst dadurch werden die Entkrampfung und Entspannung möglich, die für jeden Lernprozess notwendig sind; erst dadurch können Idealisierungen und Ver-teufelungen abfallen: «Die DDR ist kein Paradies, sondern ein sozialistischer Staat» (Irmtraud Morgner); erst dadurch entsteht die Offenheit, zuzugeben, dass vieles hier – vielleicht alles – sehr unbekannt ist; und erst dadurch wächst die Neugierde, herauszufinden, was das ist: ein sozialistischer Staat.

Dies scheint mir in der Tat der erste und wichtigste Schritt beim Besuch der DDR: das eigene kolonialistische Bewusstsein fallenzulassen und wirklich fragen und zuhören zu lernen, denn um die «Mühen der Ebene» zu verstehen, muss man, wie es ein Gemeindeglied der NöG ausdrückte, oft «gelernter DDR-Bürger» sein.

2. *Real existierende Politik*

Wer sich wirklich auf die DDR einlassen will und ernst nehmen will, was geschieht, merkt bald, dass historisches Denken absolut not-wendig ist: 1. um vieles überhaupt zu verstehen und 2. um nicht dauernd politische Fehlurteile zu fällen (gerade wer aus der Schweiz kommt, wird in dieser Hinsicht einiges dazulernen müssen). Zwei Beispiele: Im Oktober 1986 schliesst die DDR nach Verhandlungen mit der SPD die Grenze nach Westberlin für alle Asylbewerber, die kein Visum besitzen. Ein paar Wochen später wettet Helmut Kohl in einer Wahlkampfrede über angebliche «Konzentrationslager» in der DDR. Ohne historisches und politisches Wissen sind diese beiden Ereignisse nicht zu deuten – die real existierende Politik zwischen West und Ost bleibt dann ein zufälliges, exotisches Schauspiel.

Nun ist es meist ziemlich schwierig, sich mit der real existierenden Politik auseinanderzusetzen, wenn zur gleichen Zeit der Blick auf die DDR ideologisch eingengt ist: Der real existierende Sozialismus dient den Antikommunisten als Steinbruch ihrer Selbstbestätigung und den westeuropäischen Linken allzuoft nur als dunkle Folie, von der sich die eigene Utopie abheben soll – in jedem Fall also wird er abgeschrieben. In beiden Fällen aber wird die reale Geschichte sozusagen «übersprungen» – ein Verhalten, das jedenfalls die Kirche nicht mitmachen darf. Als *Testfrage* zur Umpolung dieses Denkens kann dienen: Könnte es *theoretisch* nicht sein, dass die DDR realpolitisch in ihrer bisherigen Ge-

schichte im grossen und ganzen richtig entschieden hat – die real existierende DDR also im Moment den ihr *möglichen* Sozialismus wirklich verwirklicht?

Sich dieser Testfrage stellen heisst Abschied nehmen von Verteufelungen und Idealisierungen und sich der Geschichte zuwenden mit ihren Widersprüchen, Spannungen, Feindschaften, Fehlentscheidungen, Taktiken. Nur auf dieser Ebene kann dann auch die Frage nach der Solidarität mit dem Sozialismus gestellt werden.

Wie wenig bei der Beurteilung der DDR mit einer rein «phänomenologischen» Betrachtungsweise auszurichten ist, zeigen zwei Beispiele:

a) Grenze

Die touristische Perspektive auf die DDR besteht wohl oft darin, die Gefühle angesichts der Mauer in Berlin auf die DDR überhaupt zu übertragen. Damit kommt exakt der Mechanismus in Gang, den Peter Schneider im «Mauerspringer» so beschreibt: «Der Blick nach drüben verkürzte zu einem Blick auf die Grenzanlagen und schliesslich zum gruppentherapeutischen Selbsterlebnis: die Mauer wurde den Deutschen im Westen zum Spiegel, der ihnen Tag für Tag sagt, wer der Schönste im Lande ist.» Ein solcher Blick ist natürlich bequem: Das Böse existiert jenseits der eigenen Welt, verantwortlich dafür ist die Unbegreiflichkeit irgendwelcher böser Gehirne.

Wer sich der Mauer von der historisch-politischen Seite her zu nähern versucht, wird *diese* Sicherheit verlieren: Sie/er wird auf die Dialektik stossen, dass der Mauerbau faktisch die Voraussetzung für die Entspannungspolitik war; die Grenze zwischen der DDR und der BRD ermöglicht *und* behindert Leben zugleich; im Blick auf eine erhöhte «Durchlässigkeit» dieser Grenze wird klar, dass diese *auch* von der Politik des Westens entscheidend abhängt.

b) Wirtschaftliche Lage

Oft wird die DDR platt nach den Möglichkeiten des individuellen Konsums beurteilt – seltsamerweise auch von Leuten, die im Westen durchaus konsumkritisch sind und auch einiges über die Ausbeutung der Dritten Welt wissen. Auch hier ergibt der historisch-politische Hintergrund ein differenziertes Bild: Trotz aller wirtschaftlichen Schwierigkeiten besitzt die DDR heute einen hohen Lebensstandard (in kirchlichen Kreisen wird auch in der DDR bereits von einer Überfluss- und Wohlstandsproblematik gesprochen). Diese Entwicklung ist erstaunlich, wenn die miserable Lage zur Zeit der Staatsgründung berücksichtigt wird; auch Westhistoriker sprechen von einem eigentlichen «Wirtschaftswunder» in der DDR; und diese Entwicklung ist umso erstaunlicher, wenn man den Ost-West-Gegensatz auf ökonomischer Ebene berücksichtigt – vor allem die Tatsache, dass die sozialistische Wirtschaft nicht auf der Ausbeutung ehemaliger Kolonien basiert.

3. Geschichte

Eine Herausforderung bietet die DDR besonders in der Verarbeitung von Geschichte – der gleichen Geschichte notabene, die auch die BRD zu verarbeiten hat. In welcher Weise dies in der DDR anders geschieht als in der BRD oder in Westberlin, wird in der Hauptstadt der DDR auf verschiedenen Ebenen deutlich: sinnfällig auf der Ebene der Architektur. Am Wiederaufbau Berlins in Ost und West ist der Umgang mit Geschichte deutlich ablesbar. Dazu gehören die Gestaltung von Plätzen und Parks, das Anbringen von Gedenktafeln und die Benennung von Strassen. Dabei fällt in der Hauptstadt der DDR eine konsequent antifaschistische Grundlinie auf – ein Selbstverständnis, das auch die offizielle Geschichtsschreibung (etwa im Museum für deutsche Geschichte) prägt. Die in der DDR viel konsequenter als im We-

sten betriebene Entnazifizierung ist deutlich spürbar.

Äusserst beeindruckend war für mich die Suche nach den Spuren der jüdischen Kultur in Berlin – vor allem in der Hauptstadt der DDR, auf deren Boden sich das jüdische Viertel befand: die ausgebrannte Synagoge, das Mahnmal für den von der Gestapo eingeebneten ältesten jüdischen Friedhof, das Grab Moses Mendelssohns, der riesige, heute zum Teil zerfallende Friedhof der jüdischen Reformgemeinde.

4. Sprechen und Hören

Eine weitere, sehr starke Erfahrung betrifft die «Gesprächskultur», die ich in der DDR erlebte: Ich habe in den Gesprächen immer wieder eine Sorgfalt des Sprechens und Hörens beobachtet, die im Westen kaum (mehr) zu finden ist. Die Gespräche zeichneten sich aus durch Genauigkeit, Ernsthaftigkeit – durch genügend Zeit; besonders als Gast aus dem Westen, dessen Zeit gerade begrenzt war, erlebte ich, dass alle Aussagen Gewicht, Verbindlichkeit, Behaftbarkeit bekamen. Es ist schwer zu beurteilen, ob mein subjektiver Eindruck verallgemeinerbar ist; zu vermuten wäre dann, dass Beziehungen im Sozialismus tatsächlich nicht in dem Mass verdinglicht sind wie im Konsumismus des Westens.

5. Bedrohungen

An den Fenstern einer Schule im Neubaugebiet Marzahn ist folgender Text zu lesen: «Mit unseren Leistungen stärken wir die DDR und den Frieden in der Welt.» Was durchaus als Propaganda gewertet werden kann und so nicht nähere Beachtung verdient, kann auch Symptom sein für eine aktuelle Stimmungslage. So gelesen gibt der Spruch den Blick frei auf Bedrohungen, denen die DDR real ausgesetzt ist: Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten (Valuta-Abhängigkeit, technische Revolution) und die Bedrohung durch Aufrüstung und Unberechenbarkeit der US- und BRD-Politik.

Die Begegnungen mit Leuten aus der DDR haben mir sehr deutlich gezeigt, dass eine entschlossene Friedenspolitik für die sozialistischen Länder eine absolute Notwendigkeit ist: Die Bürger und Bürgerinnen der DDR wissen, dass sie mitten auf *dem* potentiellen Kriegsschauplatz leben. Es war für mich eindrücklich, im Referat des marxistischen Philosophen W. Kliem zur «Philosophie des Friedens» zu hören, wie die Aussenpolitik der sozialistischen Länder sich vorrangig am Ziel der Erhaltung des Friedens orientiert. Angesichts der Schärfe, mit der die Friedenssicherung in den Vordergrund gerückt wird, verliert der traditionelle westliche Antikommunismus jede noch so begrenzte Legitimation.

6. Die Hauptaufgabe

Um in der DDR zu leben, «muss» man Sozialist/in sein. Die «Wahrheitsfrage» stellt sich in einem sozialistischen Staat anders als in bürgerlichen Demokratien, wo sie faktisch nicht mehr offen gestellt wird oder wo sie in völliger Beliebigkeit beantwortet werden kann. Das heisst für die heranwachsende Generation in der DDR viel direkter als hier im Westen, dass Freiheit sich wirklich als Freiheit zur «Einsicht in die Notwendigkeit» zeigt. Für die erziehende Generation stellt sich deshalb das pädagogische Problem sehr scharf: Erziehung im Sozialismus, die sich daran orientiert, «dass Auschwitz nicht noch einmal sei» (Adorno), kann und darf nicht auf einer rein propagandistischen Ebene funktionieren. Oder mit den Worten Erich Frieds anlässlich der Verleihung der Carl v. Ossietzky-Medaille in Westberlin im Dezember 1986: «Die Vertreter der Notwendigkeit brauchen Einsicht in die Notwendigkeit der Freiheitssuche.»

Auf dieser Ebene stellt sich eine der Hauptaufgaben der DDR in der Zukunft. Auch in der DDR wächst eine Generation heran, die zunehmend apolitisch und privatistisch denkt und handelt.

Die Generation, die die DDR aufgebaut hat und sie als «ihren» Staat empfindet, steht vor der Herausforderung, den Entscheid für den Aufbau des Sozialismus der nächsten Generation möglich zu machen. Wenn zu beobachten ist, dass Jugendliche den Meldungen in DDR-Medien gegenüber prinzipiell misstrauisch sind und dann erstaunt sind, wenn aus dem Westen bestätigt wird, dass sie stimmen – dann steht es für diesen «Generationenwechsel» jedenfalls nicht zum besten.

II. Ein heilsames Ärgernis für Theologie und Kirche

1. Kirche im Sozialismus

In der DDR ist das alte Bündnis zwischen Thron und Altar nach dem Krieg endgültig zerbrochen. Die Kirche in der DDR ist denn auch nicht in die Versuchung gekommen, sich in der Nachkriegszeit restaurativ auf die Theologie und die Strukturen aus der Zeit vor 1933 abzustützen, wie dies in der BRD weitgehend der Fall war; die zunächst von aussen her aufgezwungene Neuorientierung stiess allerdings lange Zeit auf Widerstand, und der Prozess der Umkehr gestaltete sich als langwieriger Exodus aus alten Machtpositionen, der auch heute nicht abgeschlossen ist. Erschwert wird dieser Prozess oft durch eine betonte Westorientierung vieler Gemeinden in der DDR – sei das finanziell, sei das theologisch; ein Pfarrer bezeichnete viele Gemeindemitglieder als «verhinderte Bundesbürger».

Die Kirche in der DDR (ich beziehe mich vor allem auf die evangelische Kirche!) ist deshalb keineswegs eine geschlossene Erscheinung; was es heisst, Kirche *im* Sozialismus zu sein, wird sehr verschieden interpretiert. Deutlich ist aber jedenfalls, dass die Kirche im Sozialismus *anders* Kirche sein muss als im westeuropäischen Kapitalismus. Gerade die Kirche im Sozialismus ist explizit gefordert, *ihr* historisch-politisches Umfeld ernst zu nehmen. Das heisst dann auch,

die Krise, die nach 1945 eingetreten ist, als Krise zur Befreiung zu nutzen und nicht verlorenen Fleischtöpfen nachzutrauern. Die Gemeinden, mit denen ich in Kontakt gekommen bin (die NÖG in Berlin, die Gemeinde in Königswartha) sind Gemeinden, die sich dieser Herausforderung gestellt haben und weiterhin stellen. Das Selbstverständnis dieser Gemeinden, die allerdings nicht DDR-typisch sind, zeigt sich in der Bestimmung von Pfarrer Bruno Schottstädt: «Kirche sein *im* Sozialismus *für* Leute, die den Sozialismus aufbauen.»

Die Kirche in der DDR kann es sich nicht leisten, sich nicht differenziert mit dem Sozialismus auseinanderzusetzen, in seiner theoretischen Gestalt *und* in seiner real existierenden Form. Für diese Aufgabe hat u. a. gerade Karl Barth theologische Grundlagen erarbeitet, die den Weg zur Solidarität mit dem Sozialismus öffnen (Christengemeinde und Bürgergemeinde, 1946; Die Kirche zwischen Ost und West, 1949). Ich habe mehrmals erlebt, welche positive Erwartungen einem Schweizer Theologen entgegengebracht werden – eine Folge der Arbeit Karl Barths. Wenn die Kirche im Sozialismus ihre Situation wirklich als Aufforderung zur Umkehr interpretiert und diesen Weg zunehmend geht, sich also gerade durch den Sozialismus an ihren (vergessenen) Auftrag erinnern lässt, dann wird diese Kirche auch mehr und mehr eine Herausforderung für die Kirche im Westen werden.

Wenn Gespräche zwischen Sozialisten und Christen fruchtbar werden, wenn die Kirche im Sozialismus ihre eigene Theologie entwickelt, wenn sie Vertrauen lernt auf den eigenen Weg und sich löst von falschen Minderwertigkeitsgefühlen gegenüber dem Westen, dann könnte es durchaus geschehen, dass unsere Schwestern und Brüder im Osten, die wir gerne bemitleiden, eines Tages unser kolonialistisches Bewusstsein gründlich durcheinanderbringen: indem sie uns daran erinnern, den Weg der Umkehr ebenfalls ge-

hen zu müssen, in unserem Kontext.

Das scheint mir die Chance dieser Kirche zu sein: dass aus letztem erste werden. In welchen Bereichen sich dies bereits zeigt, skizzieren die drei nächsten Abschnitte.

2. Antifaschismus

Die DDR kann für sich in Anspruch nehmen, dass sie konsequenter, radikaler und gründlicher die Entnazifizierung betrieben hat als die BRD, die bereits in den Ansätzen dazu steckengeblieben ist. Die DDR ist geradezu der Staat der Antifaschisten – d. h. der antifaschistische Anspruch gehört sozusagen zum nationalen Selbstbewusstsein. An diesem Punkt aber muss sich die Kirche an ihre eigenen Angelegenheiten erinnern lassen: Der deutsche Protestantismus hat aus der Zeit des Nationalsozialismus ein Erbe zu verarbeiten, das zunächst all jenen Recht gibt, die sich dieser Kirche verweigern. Ohne die Verarbeitung des fehlenden Antifaschismus in der eigenen Geschichte kann die Kirche im Sozialismus keine Glaubwürdigkeit für sich beanspruchen, im Gegensatz leider zur Kirche im Kapitalismus. In vielen Gesprächen mit Leuten aus der NÖG oder in Königswartha war hier grosse Betroffenheit spürbar. Auch aus eigener Erfahrung, wie etwa derjenigen des Organisten der NÖG, der auf einer Reise mit Musikschülern nach Polen von einer alten Polin den Satz hörte: «Alle meine Verwandten sind in Auschwitz umgekommen, aber eure Musik war schön.» Ein Satz, der jede «Unschuld» der Nachgeborenen erschüttert: Die «Gnade der späten Geburt» kann nur verstanden werden als Gnade zur Umkehr.

3. Antikommunismus

So wie der Antifaschismus zum nationalen Selbstbewusstsein der DDR gehört, gehört der Antikommunismus zum nationalen Selbstbewusstsein der BRD und der Schweiz. Hier liegt auch der Grund für den fehlenden Antifaschismus: Die

Geschichte des deutschen Protestantismus zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie ein tief verwurzelter Antikommunismus für faschistische Erscheinungen nicht nur blind macht, sondern sie geradezu begünstigt. Dieser Komplex von Antikommunismus und fehlendem Antifaschismus hat im Westen die Nachkriegszeit überdauert. Es ist evident, dass die Situation in der DDR auch der Kirche die Chance gibt, diesen Komplex zu lösen – und den Satz Thomas Manns, der Antikommunismus sei die «Grundtorheit unserer Epoche», verstehen zu lernen. Eine Kirche, die auf diese Weise lernt, wird für die Kirche im Westen notwendig zur Herausforderung, zum heilsamen Ärgernis. Ich habe mit mehreren Gemeindemitgliedern gesprochen, die eine Reise in den Westen, auch in die Schweiz, gemacht haben und schockiert waren ob dem latenten Antikommunismus, der oft sogar ihnen persönlich entgegengebracht wurde.

4. Der Kampf für Frieden und Gerechtigkeit

Im Kampf für Frieden und Gerechtigkeit liegt die Möglichkeit der Zusammenarbeit von Christen und Sozialisten. Wie bedrohlich die Lage im Moment ist, wurde für mich in der DDR sehr direkt spürbar. Es ist ausserordentlich heilsam, wenigstens in Ansätzen zu versuchen, den Westen mit den Augen der Ostbewohner/innen anzuschauen; es wird dann nicht nur auf analytischer, sondern auch auf psychischer Ebene klar, welches Bedrohungspotential (militärischer und ökonomischer Art) vom Westen her auf den Osten gerichtet ist. Und es ist ohne weiteres einsichtig, dass das wirtschaftliche Überleben des Sozialismus in hohem Mass von Abrüstungsschritten abhängig ist – ganz abgesehen davon, dass der nächste Krieg, auf dem Schlachtfeld Deutschland, mit hoher Wahrscheinlichkeit auch der letzte wäre.

Der Friedenssicherung wird deshalb von sozialistischer Seite höchste Priorität

eingeräumt, in Einheit von Bevölkerung und Partei. Dabei dient die historische Erfahrung der Weimarer Republik, wo der Kampf zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten den Widerstand gegen Hitler entscheidend schwächte, oft als ernste Mahnung: Es werden heute zum Zweck der Friedenssicherung auch Bündnisse mit kapitalistischen Staaten propagiert. Die Diskussion um eine «Philosophie des Friedens» dreht sich in Fachzeitschriften dann meist um eine sachgemässe Zuordnung der Begriffe Frieden und Gerechtigkeit.

Dies alles ermöglicht der Kirche aktive Mitarbeit in der Friedenspolitik des sozialistischen Staates. Es ist sehr kurzichtig, wenn in der heutigen Situation relevante Friedensarbeit auf Kreise der «unabhängigen Friedensbewegung» im Osten reduziert wird. Gerade in der Einschätzung dieser Bewegung(en) ist immer sehr kritisch die Rolle der westlichen Medien mit zu analysieren. Bereits der Begriff «unabhängige Friedensbewegung» ist eine westliche Etikette; man wird vorsichtig sein müssen mit der Einteilung, Abgrenzung und Klassifizierung dieser Gruppen, gerade *in* der Kirche und *von* der Kirche her.

5. Kirche im Kapitalismus

In den drei Bereichen Antifaschismus, Antikommunismus, Kampf für Frieden und Gerechtigkeit wird die Kirche im Sozialismus, die ihre Lage als Chance zur Umkehr begreift, notwendig zur heilsamen Provokation und prophetischen Stimme gegenüber der Kirche im Kapitalismus.

Es kann nicht unsere Aufgabe sein, der Kirche im Sozialismus Ratschläge zu geben; zu oft erweist sich solche Einmischung als Verhinderung der Umkehr. Es ist dagegen unsere Aufgabe, die prophetischen Impulse dieser Kirche im eigenen Kontext aufzunehmen und umzusetzen. Das heisst konkret, den Kampf gegen das Verdrängen des Faschismus, gegen den Antikommunismus und für

Frieden und Gerechtigkeit hier bei uns zu führen – ebenfalls in klarer politischer Analyse, ohne die Geschichte zu überspringen.

Dabei ist es wichtig, dass wir um die Schwestern und Brüder in der DDR wissen: nicht als Bedauernswerte in karitati-

ver Absicht, sondern als Gemeinden, die uns als Verbündete suchen und – in vielen Fällen – als Gemeinden, die auf einem Weg sind, den wir noch vor uns haben; als letzte, die daran sind, erste zu werden.

Brief aus dem Nationalrat

Friedenstest für Bundesrat Koller

Ein grüner Test, ein Sozialtest, vielleicht auch noch ein Wirtschaftstest sind nützlich für Wähler und Wählerinnen und heilsam für Nationalräte und Nationalrätinnen, auch wenn solche Tests heute erst rudimentär möglich sind und erst noch stümperhaft durchgeführt werden. Die Auflistung von zwei Dutzend Abstimmungen mit Namensaufruf innert vier Jahren sagt noch nichts aus über parlamentarische Vorstösse, über Voten im Rat, in den Fraktionen und in den Kommissionen, bewertet nicht deren Qualität oder Originalität, noch weniger deren Durchsetzbarkeit oder den Mut des Parlamentariers und seine Einschätzung der bestehenden Machtverhältnisse. Auch ein möglicher Friedenstest müsste sehr sorgfältig aus vielerlei Verhalten erarbeitet werden. Das kann nicht Aufgabe eines betroffenen Parlamentariers sein.

Hingegen erlaube ich mir einige Aussagen über den neuen Vorsteher des Eidgenössischen Militärdepartements. Nach 200 Tagen und zwei Sessionen ist die Schonfrist des Einarbeitens abgelaufen. Bundesrat Koller hat in der Sommersession nicht nur undifferenziert kantige Steine gegen den Filmemacher Roman Brodman geworfen, der immerhin unfreiwillig unser Land vor Jahren

verlassen hat, weil ein schöpferisches und kritisches Schaffen in diesem unfreiheitlichen Klima nicht mehr möglich war. Würdiger wäre es gewesen, wenn Koller nach den Ursachen gefragt hätte, weswegen junge und ältere Menschen an der Armee und am Bundesrat immer mehr zweifeln und verzweifeln. Die einseitige und feierlich gedachte Erklärung liess eine Diskussion nicht zu. Davon erwartete der Bundesrat erhöhte Wirkung – und gab dem Brodman-Film recht: Die Armee ist halt doch ein Tabu!

Zick-Zack-Kurs um die Abrüstung herum

Vielleicht noch wesentlicher ist der Satz aus der Rede von Koller zum Geschäftsbericht 1986 des Militärdepartements: «Die Schweiz mit ihrer rein defensiven Armee kann und darf nicht als erstes Land abrüsten.» Dieses Glaubensbekenntnis ist nicht neu, es gehört zum patriotischen Wortschatz, aber ich ertappe mich, wie ich eigentlich von einem CVP-Bundesrat, der auch noch Hochschullehrer ist, einen neuen und eigenen Gedanken erwarte, ein Zeichen der Hoffnung oder wenigstens ein Fragezeichen. Der Satz ist nicht aus dem Zusammenhang gerissen, im Gegenteil: Die Rede zeigt